

13.FEB.1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/31

Bonn, den 13. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Ein Jahr nach der Hamburger Sturmflut-Katastrophe 63

Was bisher zur Überwindung
der materiellen Schäden geleistet wurde
Von R. D. Engelmann, Hamburg

2 Ein Schritt voran 28

Zum bevorstehenden Abschluß
der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen

3 Das Schattenboxen der Berliner CDU 54

Episode - oder mehr ?
Von Harry Liehr, MdB, Berlin

4 Das Recht, sein Land zu verlassen ... 49

UNO fordert Respektierung der Menschenrechte
Von Bruno Kuster, Genf

5 - 6 Athen soll französischem Mittelmeer-Bündnis beitreten 65

Pariser Vorstellungen in griechischer Sicht
Von Dr. B. Mathiopoulos

6 Interessante Nachrichten 20

Kriegsschiffe und Gemüsekonserven in Frankreich

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ein Jahr nach der Hamburger Flut-Katastrophe

Was bisher zur Überwindung der materiellen Schäden geleistet wurde

Von R. D. Engelmann, Hamburg

Ein Jahr nach der gewaltigen Sturmflut-Katastrophe an der nord-deutschen Küste gedenkt Hamburg am 17. Februar der 315 Todesopfer dieses Unglücks. Entsprechend den hanseatischen Gepflogenheiten wird dieser Tag ohne offizielle Gedenkfeiern vor sich gehen. Der Hamburger Senat hat es aber nicht versäumt, ein Jahr nach dem schrecklichen Naturereignis, eine Bilanz der in dieser Zeit geleisteten Arbeit zu geben.

Von den 20 000 Menschen, die durch die Sturmflut ihr Obdach verloren, konnten bis auf 200 Flutgeschädigte alle wieder in ihre bisherigen Wohnungen oder in Neubauten untergebracht werden. Damit eine Katastrophe dieses Ausmaßes sich nicht wiederholt, ist die Hansestadt dabei, ein völlig neues Deichsystem zu schaffen. Für den bisherigen Bau von Hochwasserschutzanlagen wurden rund 50 Millionen DM ausgegeben. Dazu gehört, daß 49 Kilometer Deiche instand gesetzt werden mußten. An 60 Stellen waren die Wassermassen damals hereingebrochen und hatten ein Sechstel des Hamburgischen Staatsgebietes überschwemmt. Das Katastrophengebiet war etwa 12 000 Hektar groß.

Über 21 Millionen DM mußten bisher für die Herrichtung flutgeschädigter Wohnräume verwendet werden. Die Sturmflut vom Februar vergangenen Jahres hatte weit über 1 000 Wohnungen total zerstört oder schwer beschädigt. 6 231 Behelfsheime in den Kleingartenkolonien waren ebenfalls vernichtet oder zumindest unbewohnbar. Weitere 11 000 Wohnungen und 7 000 Gebäude waren durch Wasserschäden beeinträchtigt. Von den 28 überfluteten Schulen sind jetzt wieder 26 für den Unterricht freigegeben worden.

Besonders schwer wurde durch die Sturmflut-Katastrophe auch die Hamburgische Wirtschaft getroffen. Annähernd 3 800 Gewerbebetriebe und 900 Landwirtschaften erlitten Flutschäden. Die Tierbestände der im alten Land gelegenen bäuerlichen Betriebe wurden ebenso sehr in Mitleidenschaft gezogen. Die Schäden dieser Betriebe, einschließlich der Garten- und Obstbauanstalten an Vorräten sowie lebenden und toten Feldinventar beliefen sich auf annähernd 12 Millionen DM. Bis zum 24. Januar 1963 wurden 2 827 Darlehen mit einer Darlehenssumme von 66 Millionen DM verbürgt und für 3 085 Darlehen von einer Gesamtsumme von 71,3 Millionen DM Zinszuschüsse bewilligt. Die bundeseigenen Unternehmen konnten ihre Flutschäden in diesem einen Jahr selbst beseitigen. Die Bundesbahn wendete rund 3 Millionen DM dafür auf, um 12 Brücken, zahlreiche Gebäude sowie Weichen und Gleise in Ordnung zu bringen.

Zur Überwindung der Schäden aus der Flutkatastrophe hat die Hansestadt im vergangenen Jahr insgesamt 308 Millionen DM aufgebracht. Für 1963 sind etwa 165 Millionen DM geplant und für 1964 werden es gar 400 Millionen DM sein, um alle Schäden restlos zu beseitigen. Hamburg erwartet vom Bund, daß dieser einen wesentlichen Betrag der für 1964 veranschlagten Summe übernimmt. Damit sollen vor allem die umfangreichen Deichbaumaßnahmen durchgeführt werden. Die sich auf 47 Millionen DM belaufenden Soforthilfen wurden an 32 500 Personen ausbezahlt.

Besonders erwähnenswert ist die nach der Katastrophe erfolgte Hilfsaktion aus dem In- und Ausland. Über 44 Millionen DM wurden auf die Konten der Freien Wohlfahrtspflege und des Senats eingezahlt. Das Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen vermittelte aus dem Erlös der Jugendmarke 1962 für Jugendorganisationen und andere Verbände fast 200 000 DM. Zahlreiche Schulklassen aus dem Bundesgebiet überwiesen ihre Beträge zu Hilfeleistungen unmittelbar an die Schulbehörde. Einen dreiwöchigen oder sogar längeren Erholungsaufenthalt konnten insgesamt 28 510 von der Flut betroffene Einwohner - hauptsächlich Mütter mit Kindern - durch private Einladung oder durch die Wohlfahrtsverbände und Behörden vermittelt bekommen.

Zu den wesentlichen Maßnahmen des Hamburger Senats für die Verhinderung künftiger Katastrophen dieser Art gehört seit verganginem Jahr ein zentraler Katastrophendienststab der Behörde für Inneres. Eine neue Alarmordnung wurde ausgearbeitet, die Zahl der Sirenen erhöht und die Deichobmänner mit Funkgeräten ausgerüstet. Neben den neuen verbesserten und erhöhten Deichanlagen für die Aussengebiete wird auch die Hamburger Innenstadt einen verstärkten Hochwasserschutz erhalten. Ein Ring von Betonmauern, höhergeführten Kaistrassen und Schleusen soll das niedrig gelegene Stadtgebiet absichern.

+ + +

Ein Schritt voran

Zum bevorstehenden Abschluß

der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen

SP - Aus Warschau, der Hauptstadt Polens, kommt gute Kunde. Die in aller Stille geführten deutsch-polnischen Verhandlungen über die Erneuerung und Erweiterung des abgelaufenen Handelsvertrags zwischen der Bundesrepublik und Polen stehen vor dem Abschluß. Die deutschen Unterhändler standen vor einer zähflüssigen Materie, und nicht alle Wünsche, von der anderen Seite vorgebracht, liessen sich befriedigen. Auch waren die durch die EWG bedingten Gegebenheiten zu berücksichtigen; sie legten der deutschen Seite einige Beschränkungen auf. Das Verständnis, das die EWG-Kommission für die besonderen Aspekte der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen aufbrachte, ist in diesem Zusammenhang umso höher zu werten und könnte wohl als Muster für den Abschluß ähnlicher Abkommen mit anderen Ostblockstaaten gelten. Im Vergleich zum gesamten deutschen Export nimmt sich der gegenseitig vereinbarte Warenaustausch von jährlich 300 Millionen recht geringfügig aus, doch wäre es verfehlt, bei diesem vor dem Abschluß stehenden Vertragswerk allein wirtschaftliche Maßstäbe anlegen zu wollen. Wenn die Nachrichten zutreffen, daß zur Abwicklung des Handelsvertrages eine Kontaktstelle der Bundesregierung in Warschau vorgesehen ist, so bedeutet das zwar noch lange nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau, wohl aber einen Vorstoß in die Richtung dorthin. Daß wir früher oder später auf diesem Gebiet aktiv sein müssen, versteht sich fast am Rande. Jede Intensivierung von Beziehungen zu Ostblockstaaten, soweit sie gegen lebenswichtige deutsche Interessen nicht verstossen, ist zu begrüßen und wird auch von unseren Freunden im Westen gewünscht. Es gibt eben Bereinigungen, die nur wir selbst vornehmen können. Dies entspricht auch dem Geist und Inhalt des im Juni 1961 vom Bundestag einmütig verabschiedeten Jaksch-Berichts über das zum Osten zu erstrebende Verhältnis.

+ + +

Das Schattenboxen der Berliner CDU

Von Harry Liehr, MdB, Berlin

Ein Wahlkampf in der Bundesrepublik und besonders im zerrissenen Berlin hat auch Rücksicht zu nehmen auf die Verpflichtungen, die sich gegenüber unseren Landsleuten in der SBZ ergeben, denen man die elementarsten Grundrechte versagt. Leider haben 12 Jahre CDU-Herrschaft in der Bundesrepublik geradezu eine Verwilderung des Wahlkampfes mit sich gebracht; erinnern wir uns nur an die letzten Bundestagswahlen! Gegen die CDU mußten 66 Strafanzeigen erstattet werden, jedoch nicht eine einzige gegen die SPD. Die Berliner CDU hat daraus offensichtlich nichts gelernt, im Gegenteil, es scheint führende westdeutsche CDU-Politiker zu geben, die die schlechten Bonner Sitten auch auf Berlin übertragen möchten. Die zu Beginn des Wahlkampfes ausgesprochene Warnung der Berliner SPD und ihres Vorsitzenden Willy Brandt vor der Verketzerung des politischen Gegners und der eigenen Selbstgefälligkeit ist bei der CDU auf taube Ohren gestoßen.

Zweifellos werden durch diese unqualifizierte Haltung die nach dem 7. Februar zu treffenden Entscheidungen nicht leichter. Eine Partei wie die CDU, die sich selbst verleugnet um eines vermeintlichen Augenblickseffekts willen, die den Regierenden Bürgermeister zwingt, vor einer politischen Handlung Abstand zu nehmen, um ihn danach der Unentschlossenheit zu zeihen, ist nicht mehr glaubwürdig. Wer solchen unglaubwürdigen, zwielfichtigen Verhaltensweisen nicht entgegentritt, sich ihnen vielmehr anpaßt, wird selbst in das Zwielficht hineingezogen. Dies ist leider in besonderem Maße bei dem Vorsitzenden der Berliner CDU der Fall. Franz Amrehn gerät plötzlich in den Sog engstirniger parteipolitischer Betrachtungen, die nicht dem Wahl der Bevölkerung dienen.

Es ist grotesk, in welcher Weise sich die Berliner CDU beim Schattenboxen erschöpft. Nach Errichtung der Schandmauer zum Beispiel, stellte der Regierende Bürgermeister fest, daß der Viermächtestatus nach wie vor für ganz Berlin gültig ist. Der Sowjet-Union sollten jedoch für Westberlin keine größeren Rechte eingeräumt als den Westmächten in Ostberlin zugestanden werden. Als Brandt in diesem Zusammenhang völlig berechtigt von der besonderen Dreimächteverantwortung für Westberlin sprach, entfachte die Berliner CDU dagegen eine Polemik mit dem Ziel, Willy Brandt der "unmenschlichen Behandlung" des Viermächtestatus zu bezichtigen. Als Willy Brandt jedoch unlängst das Gespräch mit dem Vertreter der vierten Besatzungsmacht führen wollte, in Konsequenz seiner prinzipiellen Haltung, da sagte dieselbe CDU, das ginge nicht, denn damit würde man den "Freistadtvorstellungen" Chruschtschows entgegenkommen.

Die Berliner haben längst erkannt, daß diese Einstellung der CDU mit einer konstruktiven Politik nichts mehr zu tun hat. Verkennen wir nicht: Es gibt Grenzen der Gemeinsamkeit. Die Forderung nach politischer Gemeinsamkeit kann nur dort erfolgreich praktiziert werden, wo nicht nur eine Partei zur Gemeinsamkeit bereit ist.

Die kürzlich erfolgte Drohung der Berliner CDU, die Senatskoalition zu verlassen (zu einer Stunde und zu einem Anlaß, wo Gemeinsamkeit erforderlich gewesen wäre), hat den paradoxen Zustand deutlich gemacht, daß um des Prinzips der Gemeinsamkeit willen die Interessen der Bevölkerung nicht wahrgenommen werden konnten. Es wird Vorsorge getroffen werden müssen, daß das Prinzip der Gemeinsamkeit nicht noch einmal in dieser unlauteren Weise strapaziert werden kann. - Es hat nach allem, was sich gegenwärtig in der Berliner CDU vollzieht, den Anschein, daß es sich hierbei nicht nur um ein "Wahlgeplänkel", sondern um den Bruch der bewährten Berliner Politik handelt. Deshalb geht es bei dieser Auseinandersetzung um mehr als nur um eine Wahlkampfepisode.

Das Recht, sein Land zu verlassen ...

Von Bruno Kuster, Genf

Nur etwa 30 Staaten gewähren ihren Bürgern wie auch Ausländern ausdrücklich das Recht, nach freiem Entschluss aus- und einzureisen. Zwar heißt es schon in der im Jahre 1948 feierlich proklamierten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 13, Absatz 2):

- * "Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, ein-
- * schließlich sein eigenes, zu verlassen sowie
- * dorthin zurückzukehren."

Es ist aber offensichtlich, daß dieses scheinbar elementare Grundrecht von zahlreichen Regierungen mit Füßen getreten wird.

Beim heutigen Stand der Dinge ist es ausgeschlossen, von außen eine Regierung zur Respektierung der grundlegenden Menschenrechte zu zwingen. Aber man kann sie moralisch auf die Anklagebank setzen, die auf die Dauer ein sehr unbequemer und politisch unvorteilhafter Aufenthaltsort ist. Ein Unterausschuß der UNO-Kommission für Menschenrechte hat in den letzten Wochen einen Vorstoß unternommen, der manche Regierung zwingen wird, Farbe zu bekennen: er hat die Entwürfe völlig unmissverständlicher und klarer Grundsätze ausgearbeitet, die nun dem Wirtschafts- und Sozialrat zur Genehmigung zugehen. Damit werden gewisse Regierungen früher oder später vor die Alternative gestellt, entweder von der ganzen Weltöffentlichkeit gegen ein grundlegendes Menschenrecht Stellung zu nehmen oder Lippenbekenntnisse für ein Recht abzulegen, das sie ihren Völkern immer noch vorenthalten, was heutzutage nicht mehr so ganz ungefährlich ist!

Klare Grundsätze

Die drei wichtigsten Grundsätze lauten: 1. Jeder Bürger eines Landes hat das Recht, sein Land ohne jegliche Behinderung zeitweilig oder dauernd zu verlassen; niemand darf gezwungen werden, auf seine Staatszugehörigkeit zu verzichten, um dieses Recht ausüben zu können; jeder Bürger, der sein Land endgültig verlassen möchte, hat das Recht, sein Eigentum mitzunehmen.

2. Jedermann hat das Recht, ohne jegliche Behinderung in sein Land zurückzukehren; niemand darf willkürlich seiner Staatszugehörigkeit beraubt oder gezwungen werden, auf sie zu verzichten, um ihn an der Rückkehr in sein Land zu hindern; niemand, der in sein Land zurückkehrt, darf willkürlichen Beschränkungen unterworfen werden.

3. Jeder Ausländer hat ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politische oder weltanschauliche Ansichten, seine nationale und soziale Herkunft oder seine gesellschaftliche Stellung das Recht, das Land zu verlassen, in welchem er sich aufhält; kein Ausländer darf daran gehindert werden, den diplomatischen Beistand seines Landes anzurufen, um das Land seines vorübergehenden Aufenthaltes verlassen zu können.

Untertanen oder freie Menschen ?

Erst die ausdrückliche oder tatsächliche Gewährung dieser Rechte macht aus dem Untertanen einen freien Menschen. Bittere Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart lassen erkennen, wie wichtig das Recht, ein Land zu verlassen ist. Nur zu oft gelangt der Untertan erst durch dieses Recht in den tatsächlichen Genuß seiner übrigen Menschenrechte: der Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit wie auch des Rechtes, diese Freiheiten allein oder in Gemeinschaft mit Gleichgesinnten privat oder öffentlich wahrzunehmen.

Athen soll französischem Mittelmeer-Bündnis beitreten

Von Dr. B. Mathiopoulos, Bonn

In den letzten Tagen beschäftigte sich die griechische Presse ausführlich mit Nachrichten aus Paris, in denen Vermutungen über den Abschluß eines Mittelmeer-Bündnisses unter französischer Führung angestellt wurden. Anlaß zu derartigen Vermutungen gaben einmal Kommentare in den der französischen Regierung nahestehenden Zeitungen, zum andern die Reise des französischen Generalstabschefs Ailleret nach Madrid. Das Resultat dieser Reise bestand darin, daß man sich in Spanien zu einer engeren Zusammenarbeit mit Frankreich auf militärischen Gebiet bereit zeigte und grundsätzlich mit den Plänen General de Gaulles, ein Mittelmeer-Bündnis ins Leben zu rufen, einverstanden schien - wie Korrespondentenberichte mitteilen.

Von langer Hand vorbereitet

Am Quai d'Orsay zeigte man sich seit Kriegsende schon einige Male zum Abschluß eines Mittelmeer-Paktes bereit. Besonders seit dem Jahre 1957, als im Irak die - jetzt allerdings gestürzte - Regierung des Generals Kasser den Bagdad-Pakt praktisch leerlaufen ließ, war man der Meinung, die Zeit sei reif, die bisherige Position im Mittelmeerraum einer gründlichen Revision zu unterziehen. Nachdem de Gaulle dem Krieg in Algerien ein Ende gemacht hatte, gewannen diese Pläne naturgemäß an Bedeutung. De Gaulle ist der Überzeugung, das Mittelmeer dürfe nicht "amerikanisch" bleiben. Bekanntlich hat Frankreich schon vor vier Jahren seine Flotte aus dem Verband der NATO-Streitkräfte gelöst. Heute ist Frankreich durch Verträge in Nordafrika gebunden, seine Stellung im Nahen Osten ist gut, es bereitet die Wiederherstellung der Beziehungen mit Ägypten vor und nicht zufällig wird General de Gaulle im Mai dieses Jahres Athen besuchen und im Oktober Teheran.

Griechenland zögert

Diplomatische Beobachter in Athen glauben zu wissen, daß de Gaulle gelegentlich des Staatsbesuchs in Griechenland vorschlagen wird, das Land solle einem Mittelmeerpakt, dem auch Spanien und Marokko angehören würden, beitreten. De Gaulle wird damit den Griechen die Möglichkeit bieten, im Rahmen eines unter Frankreichs Führung stehenden Bündnisses sich einem außerhalb der NATO stehenden Block anzuschließen und Einfluß zu gewinnen, nachdem der im Jahre 1954 zwischen Griechenland, Jugoslawien und der Türkei abgeschlossene Balkan-Pakt heute praktisch nur noch auf dem Papier steht. Obwohl die griechische Regierung mit dem Regime de Gaulle sympathisiert und es ihr staatsauffassungsmäßig und psychologisch entspricht - auch das Mitwirken Spaniens der geplanten Gemeinschaft ist vielleicht nicht ohne Reiz -, kann sie sich den Luxus, eine Politik zu verfolgen, die in Washington auf Ablehnung stieße, kaum erlauben. Das geht aus allen Beiträgen der regierungsfreundlichen Presse hervor, die das Mittelmeer-Bündnis de Gaulles ablehnt. Doch nicht nur die engen Beziehungen Griechenlands zu den USA erklären diese Ablehnung; auch die Stellung Englands spielt bei der Beurteilung der außenpolitischen Situation eine wesentliche Rolle.

Athen: "Was kann Paris bieten?"

In den letzten zwei Jahrhunderten war das Geschick Griechenlands, - ein Land mit weitläufiger Küste - mit dem Großbritanniens eng verknüpft. In beiden Weltkriegen kämpften die Griechen auf Englands Seite. Die britische Flotte besucht des öfteren die griechischen Gewässer und hält gemeinsam mit der griechischen Flotte Manöver ab. So scheint es Englands wegen nicht sehr günstig, durch Beitritt zu einem französischen Mittelmeerpakt mit einer alten Tradition zu brechen. Insbesondere aber fragt man sich, was Frankreich den Griechen für diesen umwälzenden Schritt zu bieten hätte.

Vorläufig zurückhaltend

Wenn man die Geschichte der französisch-griechischen Beziehungen seit 1922 betrachtet, war es Frankreich, das hauptsächlich Kemal Atatürk - im Gegensatz zur Politik Lloyd Georges - unterstützte, die Niederlage der griechischen Armee in Kleinasien herbeiführte und so zur Vertreibung von 1,2 Millionen griechischer Flüchtlinge beitrug, was die schwersten sozialen und wirtschaftlichen Folgen zeitigte. Nach dem zweiten Weltkrieg war es nicht Frankreich, sondern zunächst die USA und dann die Bundesrepublik Deutschland, die Griechenland Hilfe und Kredit in weitem Ausmaß gewährten. Die französischen Investitionen in Griechenland sind auch heute noch verhältnismäßig gering.

Unter diesen Aspekten betrachtet man in Athen die Pläne de Gaulles und betont, das griechische Volk und die Regierung würden zwar General de Gaulle bei seinem Staatsbesuch im Mai als einem noblen Bundesgenossen einen herrlichen Empfang bereiten, aber hinsichtlich eines neuen Bündnisses zumindest in nächster Zeit sehr zurückhaltend sein.

+ + +

Interessante Nachrichten

sp - Es ist kaum anzunehmen, daß die von der französischen Regierung verkündete Verlegung eines Teiles der französischen Mittelmeerflotte von Toulon nach Brest und Saint-Mazaire das seit dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen sehr komplizierte Verhältnis zwischen Paris, London und Washington verbessern wird. Offiziell erklärt man zwar in Paris, die Verlegung dieses Flottenteils stärke die atlantische Front, weil zahlreiche amerikanische Nachschubwege von den USA nach Europa durch die Flottenstützpunkte an der Atlantikküste abgesichert werden. Inoffiziell wird jedoch der Vermutung Ausdruck gegeben, de Gaulle wolle seinen ausserkontinentalen Freunden zeigen, daß er unter gewissen Umständen die Kontrolle der atlantischen Küste allein gewährleisten könne.

Obwohl Gemüsekonserven gewiß nur bedingt in Verbindung mit einer Kriegsflotte gebracht werden können, ist auch folgende Nachricht interessant. Eine der mächtigsten französischen Wirtschaftsorganisationen, die Obst- und Gemüseerzeuger, haben heftig gegen die Absicht eines amerikanischen Konzerns protestiert, im Südosten Frankreichs eine große Konservenfabrik einzurichten. Wie es heißt, verhandelt dieser Konzern schon seit zwei Jahren mit den zuständigen französischen Stellen und soll vor dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen bereits eine Zusage für die Niederlassung in Frankreich gehabt haben....

+ + +